

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 5. Juni 1998

Verhalten Minister Jüttners bei der Aufklärung der Kontaminationsbefunde in Stade und Grohnde

In der Sondersitzung des Ausschusses für Umweltfragen am 29. 5. 1998 wurde u. a. mitgeteilt, daß in den vier niedersächsischen Kernkraftwerken bei Leerbehältern oder Waggons, die aus La Hague und Sellafield geliefert wurden, in insgesamt 40 Fällen überhöhte Strahlenwerte bis zu 335 Becquerel/cm² gemessen wurden. Das Niedersächsische Umweltministerium ist als zuständige Landesbehörde für die Aufsicht über die Beladung von Transportbehältern im Kernkraftwerk einschließlich der Handhabungen angelieferter unbeladener Transportbehälter auf dem Kernkraftwerksgelände verantwortlich. Nach Aussage von PreussenElektra sei lediglich in zwei Fällen die Eingangsmessung im Kernkraftwerk Grohnde so gewesen, daß Grenzwertüberschreitungen nachgewiesen worden seien. Diese Messungen der Kontaminationen seien auch im Beisein des von der Aufsichtsbehörde hinzugezogenen Gutachters erfolgt. Dazu hat Staatssekretär Schulz in der Pressekonferenz am Freitag, dem 29. Mai 1998 auf die Frage, was das Umweltministerium Hannover davon hätte wissen können, geantwortet: „alles“. Schulz hat weiter erklärt, man habe aber leider überhaupt nichts erfahren.

Nach einem dpa-Bericht vom 4. Juni 1998 ist die PreussenElektra allerdings der Überzeugung, daß das MU von den oben dargestellten eindeutigen Grenzwertüberschreitungen bei den zwei Messungen im Kernkraftwerk Grohnde entsprechende Kenntnis erhalten hatte.

Noch vor der Entdeckung der Kontaminationen in Grohnde und Stade hat Minister Jüttner erklärt, in Niedersachsen sei alles in Ordnung. Am 4. Juni 1998 mußte Jüttner aber bereits einräumen, daß Fehler und Defizite auch auf seiten des Landes beim Umgang mit Atom-mülltransporten nicht auszuschließen seien. Der Minister wörtlich: „Wir prüfen derzeit rund um die Uhr, ob wir Unterlassungen begangen haben“ (dpa-Bericht am 4. Juni 1998). Statt seiner Verantwortung als zuständiger Minister nachzukommen und in der Sondersitzung des Ausschusses für Umweltfragen am 29. Mai 1998 dem Ausschuß Rede und Antwort zu stehen und die Sachaufklärung voranzutreiben, zog es der Minister vor, mit Freunden „eine lange geplante Radtour im Wendland“ („Braunschweiger Zeitung“ vom 30. Mai 1998) zu unternehmen. Die Einladung zu der Bund-Länder-Besprechung, zu der Frau Bundesministerin Merkel am 2. Juni 1998 in Bonn eingeladen hatte, lehnte der Minister mit der Bemerkung ab, er hätte kein Interesse an einem „Gruppenbild mit Dame“. Statt dessen wurde ein untergeordneter Beamter nach Bonn entsandt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie den Widerspruch zwischen der Erklärung von Staatssekretär Schulz, man habe nichts über Kontaminationen gewußt, und der Erklärung von PreussenElektra, wonach das MU von den Grenzwertüberschreitungen bei den zwei Messungen im Kernkraftwerk Grohnde entsprechende Kenntnis erhalten habe?

2. Ist Minister Jüttner bereit, nach dem Vorbild von Bundesministerin Angela Merkel ebenfalls eine dienstliche Erklärung aller für die Kernenergieaufsicht zuständigen Beamten unterzeichnen zu lassen, wonach Erkenntnisse über Kontaminationen nicht im Umweltministerium bekannt gewesen sind?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat das Umweltministerium zur Untersuchung dieser Vorgänge eingeleitet?

Eveslage

Stellv. Fraktionsvorsitzender